

Die Bürgergesellschaft
zwischen
Identitätssehnsüchten
und globalem Wandel

Entsteht eine neue Ordnung des Politischen?

Friedrich Merz

Am Beginn des 21. Jahrhunderts steht unsere Demokratie vor großen Herausforderungen. Vor dem Hintergrund wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und sicherheitspolitischer Veränderungen, aber auch der neuen Gefahr des terroristischen Fundamentalismus ordnet sich das Politische neu. Dieser Gestaltwandel begann mit dem Ende des von dem Historiker Hobsbawm so genannten „kurzen zwanzigsten Jahrhunderts“, also mit dem *Annus mirabilis* 1989, der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR und in Mittel- und Osteuropa. Sie brachte Freiheit und Demokratie, die staatliche Einheit der Deutschen und das Zusammenwachsen der getrennten Hälften Europas. Die Zukunftsaussichten damals schienen günstig. Der damalige amerikanische Präsidentenberater Francis Fukuyama verkündete im hegelianischen Duktus das „Ende der Geschichte“, da nach dem Systemzusammenbruch des Kommunismus jetzt die liberale Demokratie und Marktwirtschaft endgültig „zu sich gekommen“ seien und für die Zukunft kein anderes System vorstellbar sei. Doch gegenüber diesem Bild einer kommenden glanzvollen Epoche der Demokratie und des friedlichen „Handelns und Wandelns“ machte sich bald eine doppelte Ernüchterung breit.

Zum einen musste sich nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz die freiheitliche Demokratie nun ausschließlich aus sich selbst, positiv und ohne das Gegenbild einer totalitären Diktatur, begründen. Bald zeigte sich, dass auch die parla-

mentarische Demokratie von einer schleichenden inneren Auszehrung bedroht war. Zu geringes Wissen um Wertegrundlagen und abnehmendes Ansehen von Parteien und Politik sind bis heute Anzeichen dafür. Technologischer Fortschritt, Individualisierung, Wertewandel und Globalisierung drückten Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland ihren Stempel auf. Aufgaben und Problemhorizonte des Politischen begannen sich deshalb deutlich zu verändern. Handlungsspielräume schienen kleiner, Abhängigkeiten größer und der Ort demokratischer Verantwortung immer weniger identifizierbar geworden zu sein. Die alten Muster der Problemlösungen in der Industriegesellschaft, so zeigte sich, griffen zunehmend weniger. Man ahnte, dass Demokratie auch konkurrenzlos scheitern kann, wenn ihr Fundament geistig wie materiell erodiert. Ohne Gegenbild die eigene demokratische Identität gedanklich zu begründen sowie praktisch zu vermitteln ist ein schwieriges Unterfangen. Doch ein solches Bürgerbewusstsein wird notwendig sein, wenn im 21. Jahrhundert gemeinsame Wertegrundlagen, vor allem Freiheit, gesichert werden sollen.

Zum anderen kommen die Erfahrungen von Extremismus, Nationalismus und religiösen wie ethnischen Konflikten hinzu. Vor allem in Südosteuropa kann man sehen, zu welchem Morden das hinführen kann und vor welche Herausforderung das Politische dadurch gestellt ist. Eine völlig neue Herausforderung ist der internationale Terrorismus in einer Di-

mension, wie wir sie bis zum 11. September nicht für denkbar gehalten haben. Gegenüber dem früheren Souveränitätsdenken, das die Nichteinmischung in innerstaatliche Angelegenheiten festgeschrieben hatte, wird nun gerade das Eingreifen aus humanitären Gründen, zum Schutz von Leib und Leben verfolgter Menschen, sowie die Bekämpfung des globalen Terrorismus notwendig. Verantwortung geht über nationale Grenzen hinaus.

Die Welt rückt zusammen. Durch die Globalisierung haben wir es mehr denn je mit unterschiedlichen Verständnissen des Zusammenlebens, ethnischen Zugehörigkeiten, verschiedenen Religionen und Kulturen zu tun. Es war der viel diskutierte Aufsatz von Huntington, der den möglichen „Zusammenprall der Zivilisationen“ ins Visier nahm. Viele Annahmen sind bei ihm auf Grund der Allgemeinheit seines zu Grunde gelegten Zivilisations- und Kulturbegriffs durchaus kritisierbar. Aber er macht richtigerweise darauf aufmerksam, dass sich neben allem Positiven zumindest innerhalb der verschiedenen Kulturen und Religionen auch ein Konflikt- und Gewaltpotenzial verbirgt, nämlich dann, wenn es um fundamentalistische Sichtweisen geht. Der Fundamentalismus lebt von radikaler Vereinfachung, von einfachen Zuordnungen von Gut und Böse, von Identifizierung von Freund und Feind. Wie gefährlich ein solcher Fundamentalismus sein kann, haben die Anschläge in New York und Washington gezeigt. Diese zielten nicht nur auf die Vereinigten Staaten, sondern zugleich auf die Werte und Normen zivilisierten Zusammenlebens in der Welt. Der terroristische Fundamentalismus hat mit seinem Anschlag wieder deutlich gemacht: Das Zusammenleben in unserem Staat beruht auf Voraussetzungen, die als selbstverständlich hingegenommen und deswegen im Alltag viel zu wenig beachtet wurden.

Gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Freiheit beruht auf Sicherheit.

Sicherheit ist ein zentraler Teil von Frieden, und ohne Frieden kann Freiheit kaum gelebt werden. Das Gewaltmonopol des Staates – das war schon die neuzeitliche Begründung im *Leviathan* von Thomas Hobbes – und die Bindung an das Recht sind Ausdruck dieses Zusammenhanges. Deswegen darf auch nicht Freiheit gegen Sicherheit ausgespielt werden, allerdings auch nicht umgekehrt. Die seit der Antike geführte geistige Auseinandersetzung brachte die Einsicht: Freiheit und Sicherheit bedingen einander und stehen zugleich in einem Spannungsverhältnis. Gerade die historischen Erfahrungen in Deutschland mit dem Terrorismus der RAF haben gezeigt, welche Anstrengung es erfordert, Sicherheit und rechtsstaatlichen Schutz durchzusetzen und zugleich an der Geltung möglichst großer Freiheitsspielräume festzuhalten. Es kommt entscheidend auf Maß und Mitte an.

Grundlagen erinnern

Die Erosionserscheinungen unserer Demokratie und die neue Bedrohung durch terroristischen Fundamentalismus zeigen, wie sehr sich Gedankenlosigkeit über die geistigen und lebensweltlichen Voraussetzungen freiheitlicher Demokratie breit gemacht hat. Die entstehende neue Ordnung des Politischen, die den innerstaatlichen wie globalen Problemkonstellationen des 21. Jahrhunderts entsprechen muss, wird sich als erste Aufgabe wieder der Sorge um Bewusstsein wie Geltungskraft dieser Voraussetzungen freiheitlicher Demokratie zu widmen haben.

Darauf aufbauend wird Politik nüchtern analysieren müssen, was sich an Veränderungen ergeben hat und ergeben wird. Auf dieser Basis wird sie zu zeigen haben, wo man umdenken muss, was an strukturellen Reformen notwendig ist und welche Ressourcen dafür einzusetzen sind. Deutschland steht vor tiefgreifenden Veränderungen in Politik, Wirtschaft und

Gesellschaft. Soziale wie ökonomische Innovation und Revitalisierung unseres Gemeinwesens können nicht allein Sache der Parteien sein. Es muss von der Bürgergesellschaft insgesamt getragen werden. Angesichts der sich immer weiter steigenden Komplexität und Verflechtung unserer Lebensverhältnisse ergibt sich die Aufgabe, sich über die künftigen Grundlagen unseres Zusammenlebens, die wichtigsten Problembereiche und die Veränderungsmöglichkeiten zu verständigen. Wir stehen am Beginn, nicht am Ende eines solchen Prozesses. Die Zukunft ist in der Tat noch eine Werkstatt. Einen roten Faden durch das Problemdickicht bietet uns der Aufklärungsphilosoph Immanuel Kant mit seinen berühmten drei großen Fragen: Was kann ich wissen? Was muss ich tun? Was darf ich hoffen? Nach diesen drei Fragen sollen im Folgenden einige Gedanken im Hinblick auf Gegenwart und Zukunft geordnet werden.

Die Wissensgesellschaft

Bei der ersten Frage: „Was kann ich wissen?“ geht es um die Wissensgesellschaft.

Viele richten bei dieser Frage den Blick auf die Entwicklung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken und deren Folgen für die Wirtschaft. In der Tat entstehen durch die Kommunikations-, Computer- und Internetwirtschaft radikal veränderte Arbeitsstrukturen, neue Wertschöpfungsketten, neue Produkte. In der entstehenden Verbindung von *Old* und *New Economy* wird Wissen zu einem entscheidenden Produktionsfaktor. Das hat Konsequenzen nicht nur für die Arbeitswelt, sondern auch für das System unserer Schulen und Hochschulen, nicht zuletzt für unser gesellschaftliches Zusammenleben. Die Anforderungen dieses Wandels zur entstehenden Wissensgesellschaft sind oft beschrieben worden. Deswegen soll in diesem Zusammenhang auf grundsätzlichere Bezüge hingewiesen werden. Denn Wissen ist mehr als

Produktion und Neuordnung von Information. Es bezieht sich auch auf die Fähigkeit des freiheitlichen Zusammenlebens in unserer pluralistischen Demokratie zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Vor allem geht es um drei Aspekte, die nicht zuletzt auf Grund der Bedrohung durch den terroristischen Fundamentalismus neue Beachtung erfordern.

Der *erste* Aspekt betrifft die paradoxe, gleichwohl fundamentale Beschaffenheit aufgeklärter Politik und pluralistischer Gesellschaften. Keine Gesellschaft kommt ohne Sinn aus. Aber „offene Gesellschaften“ (Karl Popper) müssen um der Freiheit willen auf einen vorgegebenen Sinn, der Identität stiftet, verzichten. Die Aufklärung hat radikal Staat und Kirche getrennt. Der säkulare Staat weist einen absoluten Wahrheitsanspruch von sich. Was uns zumindest in der westlichen Welt so selbstverständlich scheint, ist Ergebnis eines langen und blutigen europäischen Lernprozesses. Erst nach Jahrhunderten – von den Kreuzzügen bis zum Dreißigjährigen Krieg, vom Westfälischen Frieden bis zur Aufklärungsepoche – wuchs die Einsicht, dass um der Menschen willen mit ihren unterschiedlichen Lebens- und Glaubensvorstellungen Politik und Religion zu trennen seien.

Lessings Ringparabel hat gezeigt, dass die Weltreligionen auf Grund des Toleranzgebots miteinander leben und einander achten können. Aber keine Religion darf sich absolut setzen. Diese Trennung des „Letzten vom Vorletzten“ ist konstitutiv für unsere demokratische Gesellschaft geworden. Keiner darf eine absolute, Identität stiftende Wahrheit vorschreiben. Dies bedeutet auch, dass in unserer Demokratie keine Identität stiftende Repräsentation des Volksganzen vorhanden sein darf. Die Stelle, die in nichtdemokratischen Gesellschaften vom religiösen Führer, Monarchen oder Diktator ausgefüllt wird, muss leer bleiben. Kein Bundeskanzler kann sagen: „Der Staat

bin ich.“ An die Stelle vorgegebenen Sinnes treten immer wieder neu zu interpretierende Vereinbarungen und Regeln des Zusammenlebens, treten öffentliche Diskussionen und Einsicht in Begründungen, treten Institutionen der Regierung des Volkes und der repräsentativen Verantwortung wie Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung, die nach Mehrheit, nicht nach Wahrheit organisiert sind.

Dieser von manchen so empfundene Verlust einer vorgeschriebenen Identität ist nichts anderes als der große Gewinn der Freiheit für jedermann, der Freiheit für die Bürgergesellschaft, die ihre Grundlagen selbst bestimmt und in der jeder nach seinen Vorstellungen leben kann. Persönliche Identität ist an den jeweils eigenen Lebensentwurf gebunden. Kollektive Identität ergibt sich aus den Konflikten und Verständigungsprozessen der Bürgergesellschaft selbst.

Dieses Fundament einer freiheitlichen Gesellschaft, der Verzicht auf vorgegebene Identität und Sinnrepräsentation, wird von anderen Staaten und Kulturen oft nicht verstanden. Damit richtig umzugehen fällt auch in Deutschland nicht immer leicht. Damit zu leben erfordert starke Bürger. Denn zum einen müssen Bürger sich gemeinschaftlich immer wieder neu verständigen über Menschenwürde und Menschenrechte, über Grundwerte und Normen. Keine Instanz nimmt mehr diese Verantwortung ab. Nun könnte man auf die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland verweisen. In den Grundrechtsartikeln sind in der Tat Selbstverständnis und Normen des Zusammenlebens in unserem Land festgelegt. Aber die beste Verfassung sinkt im Wert, wenn sie nicht im Denken und in den Herzen der Bürger verankert ist. Diese Sicherung der Geltungskraft zentraler Werte und Normen durch die Bürger selbst ist und bleibt entscheidende Verantwortung und Aufgabe einer freiheitlichen Gesellschaft.

Zum anderen, auch das muss man sehen, ist diese Verantwortung schwer zu tragen. Die Furcht vor der Freiheit und die Bürde dieser Verantwortung haben wiederholt dazu geführt, der Sehnsucht nach vorgegebener Identität nachzugeben. Ohne Zweifel ist die Gefahr der Verführbarkeit groß. Die Deutschen haben dies nicht zuletzt im zwanzigsten Jahrhundert äußerst schmerzlich erfahren. Angesichts der Modernitätserfahrung kann man sich nicht mehr in einen Traditionalismus flüchten, der gesellschaftliche Werte und Regeln aus fraglos vorgegebenen Traditionen oder Konventionen verbindlich und dauerhaft festschreibt. Auch der Ausweg in die Zukunft muss versperrt bleiben. Das säkulare Heilsversprechen an Identität und Sinnstiftung durch eine künftige paradiesische kommunistische Gesellschaft hat sich als utopischer Wahn entlarvt. Ähnliches gilt für die „Volksgemeinschaft“ des totalitären Nationalsozialismus.

Daueraufgabe Reflexion

Unsere demokratische Gesellschaft ist zerbrechlich. Das Leben ohne übergreifende Wahrheiten, ein Leben mit Risiko, Unbehagen und Unsicherheit, das ist der Preis der Freiheit – aber zugleich auch die Chance zur Freiheit. Aus diesem Grund lebt die Demokratie von der beständigen Selbstüberprüfung und Erneuerung ihrer Grundwerte und Normen. Reflexion ist Daueraufgabe, um dem Vergessen der Grundwerte vorzubeugen, aber auch, um sie in Bezug auf gewandelte Verhältnisse anwendbar zu machen.

In dieser Weise ist auch Leitkultur zu verstehen als das große Selbstgespräch und die große Selbstverständigung der Gesellschaft mit sich selbst über die eigenen Grundlagen und Ziele. Natürlich wird man in eine Nation hineingeboren und damit in eine Herkunftsgemeinschaft mit einer verbindenden Sprache, Kultur und politischen Tradition. Die ei-

gene Nation hat damit einen welter-schließenden Charakter. Aber zur Freiheitsentwicklung gehört zugleich, dass man zu Nation und Geschichte ein eigenes Verhältnis eingeht. Ablehnung und Annahme sind Ausdruck von Freiheit. Die Bejahung der eigenen Nation ist deswegen Prägung und Wahl zugleich. Sie bedeutet Annahme zugehöriger historischer Traditionen und Weiterentwicklung der eigenen nationalen Kultur und Gemeinschaftsbindungen. Sie wird weitergetragen durch beständige Reflexion und Verständigung auf gemeinsam getragene Ziele und Normen des Zusammenlebens.

Nur so entsteht moderne Identität, die Herkunftsbewusstsein, Gegenwartsorientierung und Zukunftsoffenheit in freiheitlich gewählter Bindung umschließt. Sie kann verstanden werden als die Summe unseres Orientierungswissens, der Ordnungsrahmen für unsere Wahrnehmungen, Zuschreibungen und Einordnungen. So wie diese sich verändern, verändert sich auch Identität. Sie ist nicht vorgegeben, sondern immer wieder neu herzustellen. Die zivile Austragung unserer Konflikte und die öffentliche argumentative Prüfung tragen dazu bei.

Auch die politische Ordnung des 21. Jahrhunderts steht unter dem Paradox, Sinn und Identität zu brauchen, ohne sie verbindlich vorgeben zu können. Wenn es nicht gelingt, diese Schwierigkeit auszuhalten, geht mehr verloren als Wohlstand und soziale Gerechtigkeit. Denn dann können fundamentalistische Strömungen, Terrorismus und rechter wie linker Extremismus Raum gewinnen. Fundamentalismus und Extremismus stellen eine grundsätzliche Bedrohung der freiheitlichen Demokratie und der pluralistischen Gesellschaft dar. Sie verweigern sich den Anstrengungen der Freiheit. Sie geben aufkeimenden Sehnsüchten nach vorgegebener Identität, nach Eindeutigkeit und einfachen Ant-

worten in einer komplexen Welt nach. Solche Sehnsüchte sind in allen Teilen des Globus zu spüren, ja sie nehmen mit zunehmender politischer, wirtschaftlicher und kultureller Globalisierung zu. Sie bestimmen auch den aktuellen Terrorismus. Sicherheitspakete zu schnüren ist angesichts dieser Lage unabdingbar. Aber, das wird immer klarer, ohne geistige Auseinandersetzung, die die Grundlagen freiheitlichen Zusammenlebens wieder ins Bewusstsein rückt, wird man der grundsätzlichen wie aktuellen Bedrohungen nicht dauerhaft Herr werden können.

Orientierungsfragen

In einem *zweiten* Aspekt geht es um das Orientierungsproblem in der Wissensgesellschaft. Mehr als jede Gesellschaft zuvor beruht die Wissensgesellschaft auf Vertrauen. Im agrarischen Deutschland vor hundert Jahren – rund siebzig Prozent arbeiteten in der Landwirtschaft – hatten die Menschen noch eine unmittelbare Anschauung von den eigenen sozialen Lebensbedingungen. Moderne Arbeitsteilung, Differenzierung und Spezialisierung führen dazu, dass wir immer mehr auf Leistung, Solidität und Qualität von anderen bauen müssen, ohne über eine eigene Anschauung zu verfügen. Vertrauen wird damit zum entscheidenden sozialen Kitt unserer Gesellschaft.

Hinzu kommt die zunehmende Schnelligkeit des Wandels, die zur, wie es der Philosoph Hermann Lübbe sagt, „Gegenwartsschrumpfung“ führt. Es handelt sich um die Erfahrung, dass sich die Zahl der Jahre immer mehr verkürzt, für die wir in der Arbeit, in der Wirtschaft, im Alltag mit einigermaßen konstanten Lebensverhältnissen rechnen können. Alt deutet ja heute nicht mehr auf Verschleiß und Verbrauch hin, sondern darauf, dass das neue, technisch bessere Produkt das bisher Gebrauchte und noch funktionsfähige ersetzt. Ähnlich kann man es für die Gesellschaft sagen. Der Prozess des

Wandels ist so schnell, dass bereits in der bestehenden Familie alle drei Generationen unterschiedliche Ansichten, Vorstellungen und Lebensentwürfe haben. Manche Soziologen sprechen sogar von einem Zehn-Jahres-Rhythmus. Erwachsenwerden kann sich heute immer weniger auf einen stabilen Rahmen an tradiertem Orientierungswissen verlassen. Die Gefahr der Sprachlosigkeit zwischen den Generationen, zumal in den Städten, wächst, die Suche nach eigenen Orientierungen nimmt zu.

Diesen Prozess beobachtet man auch in der Wissenschaft. Die Halbwertszeit von Wissen beträgt im Durchschnitt etwa fünf Jahre, in einigen Bereichen wie beispielsweise in den Lebenswissenschaften sogar nur etwa zwei bis drei Jahre. In Wirtschaft und Gesellschaft ist es nicht anders. In immer kürzeren Abständen werden wir mit neuen Erkenntnissen, gesellschaftlichen Trends, Produkten und Dienstleistungen konfrontiert.

Früher hatten die Menschen über Generationen Zeit, sich an Entwicklungen anzupassen, heute nicht. In der Wissensgesellschaft brauchen wir deshalb eine höhere mentale Flexibilität, auf die bisher viele nicht ausreichend vorbereitet sind. Gerade in Deutschland gibt es eine stärkere Kluft zwischen Erkennen und Handeln als in manchen anderen Staaten der Europäischen Union. Wir wissen aus Umfragen, dass die Deutschen zwar reformbereit sind, aber nur im Allgemeinen. Ein Beispiel: Der Aussage „Der globale Wettbewerb, der wirtschaftliche Strukturwandel und die digitale Technik lösen große Veränderungen aus“ stimmen 87 Prozent der Deutschen zu. Aber nur 38 Prozent sind der Meinung, dass sie von diesem Wandel der Arbeitswelt persönlich betroffen seien (EU-Durchschnitt: 63 Prozent). Ähnlich bei der Weiterbildung: 92 Prozent der Deutschen halten sie für unumgänglich, nur 55 Prozent sind tatsächlich dazu bereit. 88 Prozent der Deutschen

halten die neuen Kommunikationstechnologien für wichtig, nur 41 Prozent erwarten, dass sie von dieser Entwicklung persönlich betroffen sind. In der „mentalen Zukunftsfähigkeit“ ist Deutschland nur europäisches Mittelmaß, wo es eigentlich Spitzenreiter sein sollte. Aufgabe der Wissensgesellschaft wird es sein müssen, Vertrauen in die hochdifferenzierte Welt herzustellen oder zu unterstützen. Das wird nur durch Transparenz, Aufklärung, Offenheit und Teilhabe zu organisieren sein. Der Bedarf dafür ist groß. Das zeigen überall in Deutschland die Besucherzahlen bei wissenschaftlichen Veranstaltungen oder bei Präsentationen der Wissenschaft in der Öffentlichkeit.

Angesichts der schnellen Alterung von Wissen wird es auch genuine Aufgabe der Wissensgesellschaft werden, lebenslanges Lernen zu organisieren. Bis auf die traditionellen Einrichtungen des tertiären Bildungssektors sind bisher noch kaum entsprechende Einrichtungen dafür entstanden. Eine wichtige Zukunftsfrage wird daher sein, wie wir kreatives Denken, beständige Wissenserneuerung und Lebenserfahrung wieder stärker miteinander vermitteln können. Die Bildung interdisziplinärer Netzwerke kann dazu beitragen. Sie sind für Wissenschaft und Forschung ebenso notwendig wie für die Wirtschaft. Da auch in den Familien immer mehr die einzelnen Generationen voneinander getrennt leben und eigenständige Lebenserfahrung besitzen, muss auch hier wieder generationenübergreifende Lebenserfahrung organisiert werden. Schüler unterrichten inzwischen Senioren im Bereich Computer und Internet. An Universitäten lernen junge und alte Studenten gemeinsam. Familien integrieren „Wahlomas“, nicht nur aus Betreuungsründen.

Entzauberung und Innovation

Ein wichtiger Teil dieser „Gegenwarts-schrumpfung“ wird vom wissenschaftli-

chen Erkenntnisfortschritt und der Umsetzung in der ökonomischen Produktion getragen. Ein *dritter* Aspekt bezieht sich deswegen auf die Rolle von Wissenschaft und Wirtschaft. Max Weber hat den Prozess der „Entzauberung der Welt“ beschrieben. Dieser Prozess der Rationalisierung, wissenschaftlichen Erkenntnis und technologischen Gestaltung ist Grundlage von Wirtschaft und Gesellschaft geworden. Das ist nicht mehr hintergebar, es sei denn zum Preis der Missachtung von Menschenrechten und radikaler Wohlstands- und Kulturverluste. Das kann nur mit erheblichem Zwang gehen, wie das Beispiel Afghanistan zeigt. Wissenschaft und Wirtschaft sind die großen Motoren von Veränderung. Die Revolution der neuen Technologien geht mit stürmischen Schritten voran. Schlüsseltechnologien entwickeln sich. Aus dem breiten Spektrum seien nur genannt: Informations-, Kommunikations- und Multimediatechnologien, Genomik und Biotechnologien, Tissue Engineering, die Mechatronik und Optoelektronik, Lasertechnik und Supraleitung, neue Werkstoffe durch Nanotechnologien oder die Bionik. All das sind Tickets für eine zukunftsfähige Wirtschaft.

In Deutschland hängt der künftige Wohlstand von Wissenschaft und Technik, vor allem im Bereich der Schlüsseltechnologien, ab. Die Globalisierung bringt es mit sich, dass überall in der Welt die Produktion von Gütern stattfindet, und das oft kostengünstiger. Deutschland wird dem weltweiten Wettbewerb nur dann standhalten, wenn es neben guter Verkehrsinfrastruktur und hohem Ausbildungsstand Produkte und Dienstleistungen nach dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik herstellt. Dabei geht es nicht um eine unkritische Wissenschafts- oder Technikgläubigkeit. Aber das Vertrauen auf den wissenschaftlichen Erkenntnisprozess und die Akzeptanz von Technologien werden zu ent-

scheidenden Faktoren in Wirtschaft und Gesellschaft. Im Gegensatz zu unseren europäischen Nachbarn und weltweiten Konkurrenten ist diese in Deutschland nur unterdurchschnittlich entwickelt. In der Bereitschaft, Risiken einzugehen, steht Deutschland in der EU beispielsweise bei der Energienutzung durch Atomkraft an achter, bei der Gentechnik an neunter Stelle. Solche typisch deutschen Befindlichkeiten, die das Risiko höher veranschlagen als Vorteile und Chancen, werden wir uns in Deutschland künftig nicht leisten können, zumindest dann nicht, wenn man angesichts der veränderten globalen Wettbewerbssituation weiterhin den gewohnten Wohlstand halten will.

„Weltbildrevolution“

Neues Denken und ein Hinterfragen gewohnter Vorstellungen werden unumgänglich sein. Angesichts des wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts im Mikro- und Makrobereich scheint eine erneute „Weltbildrevolution“ bevorzustehen. Die Entschlüsselung des menschlichen Genoms im letzten Jahr hat das Tor zu neuen Einsichten und Handlungsmöglichkeiten weit aufgestoßen. Weniger beachtet, aber ebenso bedeutungsvoll war die vier Wochen später bekannt gegebene Entschlüsselung des subatomaren Aufbaus der Materie. Auf dem langen Weg der Verfügungsmacht des Menschen über die Natur bedeutet beides einen neuerlichen großen Schritt nach vorn.

Diese „Weltbildrevolution“ ist ein starker Motor für die dritte industrielle Revolution. Zugleich erweitert sie in beträchtlichem Maß den Horizont wissenschaftlicher Fragestellungen und Erkenntnisse. Sie führt zu neuen Einsichten von großer Tragweite. Vieles haben wir auf Grund unserer gewohnten Denk- und Anschauungsweise noch gar nicht begriffen. Gleichzeitig wachsen die ethischen Anfragen an das, was der Mensch tun darf. Vielfach gibt es kein eindeutiges Ja oder

Nein, es geht vielmehr um schwierige Abwägungsprozesse. Die Neuordnung des Politischen wird deshalb auch zu neuen Rahmensetzungen für wissenschaftliche Erkenntnis und Anwendung führen. Es wird darüber viele Diskussionen mit ganz unterschiedlichen Ansichten geben. Der Umgang mit solchen unterschiedlichen Meinungen ist konstitutiv für freiheitliche, pluralistische Gesellschaften. Deutschland hat darin in den letzten Jahrzehnten eine eigene, gelassene Gewohnheit entwickelt. Mehr als bisher, und das sieht man beispielsweise in der Biomedizin, werden wir aber in Deutschland – wie auch in den anderen entwickelten Industrieländern – vor einem der schwierigsten Probleme freiheitlicher Demokratie stehen: Wie geht man mit sich einander ausschließenden grundsätzlichen Wertvorstellungen um, ohne die Rechte des anderen zu beschneiden und ohne die Freiheit aufzugeben? Grundsätzliche Wertkonflikte auszuhalten und Regelungen zu finden, ohne in Fundamentalismus zu verfallen, wird eine wichtige Prüfaufgabe für die neu entstehende Ordnung des Politischen sein.

Wenn man die Wissensgesellschaft meistern will, dann darf man sich nicht nur um modernes Wissenschaftsmanagement kümmern. Für unser Zusammenleben sind alle drei Wertvorstellungen wichtig: ethisches und demokratisches Orientierungswissen, wissenschaftliches und technisches Wissen sowie berufsbezogenes Wissen. Bildung darf in der Wissensgesellschaft nicht eindimensional sein. Gerade dann ist man gut gewappnet gegen die Sehnsucht nach einfachen Lösungen und manichäischen Weltbildern.

Die Reformgesellschaft

Die zweite Frage lautet: „Was sollen wir tun?“ Das ist die Frage nach der Reformgesellschaft.

In Wirtschaft und Politik stehen wir ebenfalls vor weit reichenden Verände-

rungen. Die Industriegesellschaft mit ihren darauf bezogenen sozialen Sicherungssystemen, Verbänden und Regelungen hat Deutschland mit der Sozialen Marktwirtschaft einen breiten Wohlstand verschafft. Doch die Parameter von Wirtschaft und sozialer Sicherung beginnen sich zu verändern. Die Entwicklung von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft bringt neue Anforderungen an qualifizierter Bildung mit sich. Neue Technologien führen nicht nur zu neuen Produkten, sondern verändern auch die Arbeitswelt. Unternehmen verändern die Organisationsstrukturen. Hohe staatliche Steuerbelastung, Kostenexplosionen in den sozialen Sicherungssystemen, ein hoher Stand an Arbeitslosigkeit sind Anzeichen eines überforderten Wohlfahrtsstaates.

Hinzu kommen die Folgen der demographischen Entwicklung. Unsere Bevölkerung altert dramatisch. Schon heute leben mehr Menschen im Rentenalter als Jüngere unter zwanzig. Bis zum Jahr 2040 wird sich der Anteil der Sechzigjährigen verdoppeln. Zudem werden immer weniger Kinder geboren. Im Saldo verliert Deutschland jedes Jahr an Bevölkerung den Umfang einer Großstadt.

All dies macht deutlich, dass wir unser Wirtschafts- und Sozialgefüge neu überdenken müssen. Erst durch Reformen werden wir zukunftsfähig. Angesichts des Wildwuchses an sich überschneidenden und oft widersprechenden Regelungen brauchen wir wieder ein klares ordnungspolitisches Denken. Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik müssen wieder einen Zusammenhang bilden.

Das Verhältnis von Staat und Bürgergesellschaft muss neu austariert werden. Viele Bürger wollen nicht mehr den paternalistischen Staat und die bürokratische Betreuung durch wohlfahrtsstaatliche Fürsorge. Selbstbestimmtes Leben heißt für viele mehr Selbstbestimmung, Wahlfreiheit, Eigeninitiative, Eigenvor-

sorge, kurz: Eigenverantwortung. Das setzt einen gewandelten Staat voraus, der nicht mehr alles selbst machen muss, sondern der die Voraussetzungen für eigenverantwortliche Entfaltung schafft. Subsidiarität und Hilfe zur Selbsthilfe sind dabei wichtige Prinzipien.

Reformen müssen in unterschiedlichen Bereichen vorangebracht werden. Uns fehlen 5,5 Millionen Arbeitsplätze. Die Überregulierung des Arbeitsmarktes ist ein Haupthindernis für neue Arbeitsplätze. Notwendig sind deswegen mehr Deregulierung, Anreize zur Aufnahme von Arbeit statt Arbeitslosenhilfe, weniger Bürokratie und Belastung des Mittelstandes. Es sollte auch gelingen, mehr Menschen als bisher Anreize zum selbstständigen Unternehmertum zu geben, Schwarzarbeit zurückzuführen und einen Teil der Überstunden in reguläre Arbeitsplätze umzubauen. Die Senkung der Lohnnebenkosten bleibt ebenfalls ein wichtiges Ziel. Hinzu kommen muss auch eine effizientere Verwendung der für den Arbeitsmarkt eingesetzten Mittel als bisher. Die Benchmarking-Gruppe im Rahmen des „Bündnisses für Arbeit“ hat mit Blick auf den Arbeitsmarkt eine Reihe wichtiger Vorschläge gemacht. Leider wurden diese von der Bundesregierung nicht aufgegriffen.

Auch das Anreizsystem im Bereich der Sozialhilfe muss korrigiert werden. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Sinnvoll ist es, die Unterstützung für Kinder von der Sozialhilfe zu entkoppeln. Schließlich sollte die Sozialhilfe mehr als bisher Lohnergänzungselemente enthalten, um den Anreiz zur Arbeit zu steigern.

Man muss auch über andere Formen nachdenken, die schnell tabuisiert werden. Dazu gehört die Lockerung des strengen Kündigungsschutzes gerade auch im Hinblick auf die Arbeitsmarktchancen der über Fünfzigjährigen. Auch

um die Verlängerung der Lebensarbeitszeit werden wir angesichts der demographischen Entwicklung wohl kaum herumkommen.

Erheblichen Reformbedarf gibt es zudem in anderen sozialen Sicherungsbereichen. Im Rentenbereich müssen der Anreiz zur Eigenvorsorge ausgebaut und Ungerechtigkeiten in der staatlichen Förderung beseitigt werden. Das Gesundheitssystem wird schon in naher Zukunft nicht mehr bezahlbar sein, wenn wir es nicht bald ordnungspolitisch sinnvoll marktwirtschaftlich ausrichten. In der Familienpolitik wird es vorrangige Aufgabe sein, neben der stärkeren finanziellen Unterstützung die Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt in erheblichem Umfang zu fördern. Länder wie Schweden oder Finnland zeigen, dass diese Vereinbarkeit ein wichtiger Grund dafür ist, wieder Kinder zu bekommen.

Bildung und Transparenz

Wir brauchen Reformen auch im Bildungsbereich. Es geht um mehr Freiräume für Schulen, aber auch um kürzere Lernzeiten. Man denke nur daran, wie lange es dauerte, um das Abitur mit zwölf Schuljahren zuzulassen. Die Kultusministerkonferenz ist nicht unbedingt prädestiniert, notwendige Reformen voranzubringen, da das Einstimmigkeitsprinzip wie eine Bremse funktioniert und nicht wie ein Motor. Voraussichtlich Ende nächsten Jahres werden alle Schulen mit Computer und Internetzugang versehen sein. Das ist eine positive Entwicklung. In Zukunft brauchen wir weniger das Pauken von Faktenwissen, sondern das Wissen, wo man Wissen findet und wie man mit ihm umgeht. Lehrer als Erzieher werden künftig wieder wichtiger sein. Neben dem Umgang mit Informationsfülle und komplexem Wissen geht es auch um die Bildung von sozialer und kommunikativer Kompetenz, Geistesgegenwart, Anpassungsfähigkeit, experimenteller Ge-

sinnung, mentaler Beweglichkeit und Wertebewusstsein.

Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur Elitenförderung. Diese wurde jahrelang vernachlässigt oder unter ideologischen Verdacht gestellt. Aber ohne die früh einsetzende Förderung von Höchstleistungen werden wir nicht jene „Exzellenz“ in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft bekommen, auf die wir in Zukunft angewiesen sein werden. Bereits Alexander wollte der Große werden und nicht der Durchschnittliche.

Im Übrigen kann auch der Staat selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Mit den neuen Kommunikationsmitteln kann er selbst Kosten sparen und Effizienz steigern. Bei standardisierten Antrags- und Meldevorgängen beispielsweise kann er via Internet bis zu 75 Prozent der Verwaltungskosten sparen. Die Liste der Vorschriften, Genehmigungen und Verwaltungsakte ist in Deutschland beeindruckend hoch. Allein die Bundesgesetze und bundesgesetzlichen Verordnungen machen über 84000 Paragraphen aus. Entzündung tut Not. Transparenz und Vereinfachung wären auch eine gute Grundlage für die Reform des Steuerwesens in Deutschland. Im Übrigen ist die Möglichkeit zu mehr Eigenvorsorge des einzelnen Bürgers abhängig davon, ob es gelingt, die hohe Steuerbelastung zu reduzieren.

Deutschland braucht Reformen. Diese dürfen nicht wie bisher mit der Schnelligkeit einer Schnecke angegangen werden. Andere Länder in Europa sind da weiter. Vor allem zeigt sich eines: Es sind die kleineren Länder, die schneller Veränderungen durchsetzen. Von daher ist es sinnvoll, hinsichtlich der Reformfähigkeit bei den Ländern, Regionen und Kommunen anzusetzen. Kleine Einheiten sind besser in der Lage, sich auf neue Gegebenheiten einzustellen. Vorrang für Kommunen, bessere finanzielle und rechtliche Eigenständigkeit der Gemeinden und Städte,

das wäre eine richtige Devise. Dies gilt im Übrigen auch für die Arbeitsvermittlung. Diese wird im kommunalen und regionalen Bereich besser zu realisieren sein. Aktive Vermittlung ist in Zukunft gefragt, nicht weiterhin die Verwaltung der Arbeitslosigkeit.

Im Übrigen lässt sich in den kleinen Einheiten das Engagement der Bürger besser aktivieren. Ehrenamt und Freiwilligentätigkeit werden in Zukunft einen höheren Stellenwert in einer aktiven Bürgergesellschaft bekommen. Jüngste Studien haben gezeigt, dass erheblich mehr Bürger als erwartet bereit sind zu einem solchen Engagement. Viele brauchen als Anstoß die persönliche Ansprache. Auch das geht in den Kommunen besser. Zugleich fördert dieses Engagement neben der praktischen Hilfe das Gemeinwohl, weil sich engagierte Bürger stärker verantwortlich fühlen. Und gerade das wird gebraucht.

Mehr Freiheit und weniger Regelung, mehr Subsidiarität statt Bürokratie, mehr Entfaltungsräume statt falscher Gleichmacherei, mehr Unterstützung für Ehrenamt und Freiwilligentätigkeit, darum muss es in Deutschland als Reformgesellschaft gehen.

Globale Rechtsgemeinschaft

Die dritte Frage heißt: „Was dürfen wir hoffen?“ Die Hoffnungen richten sich zuerst auf die Beherrschbarkeit der Wissensgesellschaft und auf die Durchführungsmöglichkeit der notwendigen Reformen in Deutschland. Die Frage „Was dürfen wir hoffen?“ soll sich hier aber beziehen auf die längerfristige Perspektive einer Weltgesellschaft, und zwar als einer globalen Rechtsgemeinschaft.

Natürlich kann die Neuordnung des Politischen im globalen Maßstab nicht mehr mit der Faszination utopischer Entwürfe oder dem Pathos der großen Lösungen rechnen. Eine politisch geordnete Weltgesellschaft wird sich mit

viel Mühen und erst langfristig herstellen lassen. Doch sie wird notwendig sein. Viele Probleme lassen sich nur weltweit lösen. Die Verteidigung gegen einen global agierenden Terrorismus, Klima- und Umweltschutz oder international organisierte Kriminalität sind Beispiele dafür. Auch die bereits jetzt bestehende Globalisierung der Finanzströme, des weltweiten Handels und Wettbewerbs, der Reisen und Begegnungen, der weltumspannenden Vernetzung der Informations- und Kommunikationsströme zeigt die Notwendigkeit globaler politischer Ordnung auf. Vor rund 200 Jahren hat bereits Immanuel Kant in seiner Schrift *Zum ewigen Frieden* eine weltbürgerliche Verfassung entworfen. Als Grundlage einer Rechtsgemeinschaft sollte sie Ausdruck des Fortschritts in Freiheit und Frieden sein. Angesichts der jüngsten Ereignisse sind diese Gedanken hochaktuell. Unser politisches Bestreben ist darauf gerichtet, dass es langfristig weder zu einem Kampf der Kulturen noch zu einem dauerhaften Krieg kommt. Das setzt voraus, dass auch im Weltmaßstab Glaube und Politik getrennt werden, dass eine fundamentalistische Auffassung von „Ungläubigen und Gläubigen“, die in einem „Heiligen Krieg“ gegeneinander stehen, wie es in den Aufrufen bin Ladens heißt, überwunden wird.

„Weltrepublik“

Langfristig gesehen kann das – so lautet der politische, die Vorstellungen Kants weiterentwickelnde Vorschlag des Rechtsphilosophen Otfried Höffe – nur in einer auf einer Rechtsgemeinschaft beruhenden „Weltrepublik“ sein. „Weltrepublik“ wäre nicht ein globaler weltstaatlicher „Leviathan“, sondern eine auf den Nationalstaaten ruhende subsidiär verfasste und föderal gestufte globale politische Ordnung. Ziel sind die weltumspannende Garantie von Frieden und Sicherheit, die Geltung von Menschenrechten,

weltbürgerlichem Recht und eine Weltwirtschaftsordnung nach den Prinzipien einer Sozialen Marktwirtschaft.

Das mag uns alles noch weit entfernt vorkommen. Aber der Vorschlag einer solchen subsidiären und föderalen Weltordnung, die die Garantie von Recht und Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit, Menschenwürde und Menschenrechten, Demokratie und Marktwirtschaft auch im Weltmaßstab einfordert, ist eine „regulative Idee“ (Kant), eine Messlatte, an der sich die künftige politische Weltordnung orientieren kann. Wir sind bereits jetzt auf dem Weg dorthin. Zu erinnern ist an die Vereinten Nationen, an supranationale Wirtschaftseinrichtungen wie Weltbank und WTO, an die Einrichtung des Haager Kriegsverbrecher-Tribunals und eines ständigen internationalen Strafgerichtshofes, aber auch an weltweite Übereinkünfte wie die von Rio zum Umweltschutz oder die sich herausbildende Allianz gegen den globalen Terrorismus. Auf diesen Wegen gilt es weiterzugehen.

Der Europäischen Union kommt dabei eine wichtige Rolle zu, denn sie hat entscheidende Erfahrungen im Hinblick auf die Möglichkeit gemeinsamen Handelns jenseits des Nationalstaates gemacht. Die EU ist nicht nur eine Vereinigung zum Zwecke des freien Handels und der Wohlstandsmehrung. Das auch. Vor allem aber ist sie eine supranationale Vereinigung von Staaten zur Friedenssicherung. Bereits Konrad Adenauer und die anderen Gründungsväter der EU handelten nach dem Grundsatz: Wenn alle beteiligten Staaten politisch, wirtschaftlich und kulturell miteinander verflochten sind, wenn sie gemeinsame Werte und Institutionen miteinander teilen, werden Kriege zwischen ihnen unwahrscheinlich.

Dazu gehört – und das ist eine wichtige Idee, die die Europäische Union in die beginnende globale politische Ordnung einbringt – der Gedanke der freiwilligen

Selbstbindung. Denn es gab keine Zentralinstanz, die die europäische Einigung erzwang, sondern alle Mitglieder haben sich aus freien Stücken vertraglich gebunden und zur Vertragseinhaltung verpflichtet. Diese Selbstbindung geht bis hin zum Europäischen Gerichtshof, der nicht mit den Mitteln einer übergeordneten Exekutivmacht ausgestattet ist, sondern sich allein auf Selbstbindung der Mitglieder an Recht und Rechtsprechung gründet.

Genau dieses Prinzip der freiwilligen Selbstbindung ist die Grundlage einer neuen politischen Ordnung im globalen Rahmen. Deswegen ist die Europäische Union als „erste politische Form der künftigen Weltgesellschaft“ (Schwengel) ein wichtiger Schritt hin zu einer neuen globalen politischen Ordnung im 21. Jahrhundert. Sie bedarf hinsichtlich der Osterweiterung, der anstehenden Binnenreformen und der Verständigung auf die in der Grundcharta festgelegten Ziele und Normen des europäischen Zusammenlebens gerade deswegen unserer Unterstützung. Wenn die Europäische Union scheitert, dann scheitert mehr als das europäische Projekt. Davon wäre direkt der Prozess einer rechtlich verfassten Neuordnung des Politischen im Weltmaßstab betroffen. Dieser Verantwortung sollte man sich bewusst sein.

„Wagnis der Freiheit“

Wissengesellschaft, Reformgesellschaft, Weltgesellschaft, das sind drei Bereiche, die die Zukunftsordnung des Politischen künftig immer mehr bestimmen werden. Eine solche Ordnung des Politischen kann nur auf der Einsicht in die Grundlagen der modernen Gesellschaften und der freiheitlichen Demokratie gebaut werden. Ohne den beständigen Einsatz für diese Grundwerte und Regeln des Zusammenlebens durch die aktive Bürgergesellschaft ist sie in Gefahr, falschen Identitätsver-

sprechen nachzulaufen und an den neuen Anforderungen zu scheitern. Nicht der Traum einer vollkommenen Welt, sondern das risikoreiche „Wagnis der Freiheit“, so hat es der Philosoph Karl Jaspers genannt, ist die Leitschnur einer verantwortlichen Bürgergesellschaft. Scheitern wird eine neue Ordnung des Politischen aber auch, wenn es nicht gelingt, in den verschiedenen aufgezählten Bereichen mutig Reformen einzuleiten. Der Stand von Wissenschaft und Technik, von globaler Vernetzung und weltweitem Wettbewerb ist nicht rückführbar auf einfache Verhältnisse. Es macht keinen Sinn, dagegen anzurennen, es macht Sinn, die darin liegenden Chancen zu nutzen.

Der notwendige Umbau des Staates, der Wirtschaft, der sozialen Sicherung, der Bildung und der Gesellschaft wird zweifellos große Kraftanstrengung erfordern, von uns allen. Die neuen Spielräume der Freiheit und die künftigen Wohlstandsgewinne sind nicht ohne größere Reformbereitschaft und Anstrengung im Denken wie im Handeln zu haben. Größere Bereitschaft zu pragmatischem Risiko, zu Experimentierlust und Wagemut sind gefordert, ebenso stärkere Teilhabe und Teilnahme, Ehrenamt und Freiwilligenengagement. Es geht um neue geistige wie materielle Kraftanstrengungen im Hinblick auf die Stärkung der Europäischen Union und die Sicherung von Friede, ziviler Ordnung und Recht in der beginnenden Weltgesellschaft. Gegenüber allen fundamentalistischen und terroristischen Bedrohungen gilt es, auf einer Politik aus dem Geist der Freiheit, des Rechts und des Friedens zu beharren. Gerade dies lässt uns Deutschland als weltoffene Heimat empfinden. Es gibt kein „Ende der Geschichte“. Der Horizont ist offen. Es liegt an unserer Bereitschaft, ob wir aufbrechen zum Neuen, in Deutschland, in Europa, in der Welt.